
S 8 R 430/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	-
Sozialgericht	Landessozialgericht Sachsen-Anhalt
Sachgebiet	Betriebsprüfungen
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Betriebsprüfung ehrenamtlicher Bürgermeister ehrenamtliche Tätigkeit Ehrenbeamtenverhältnis Mitgliedsgemeinde Pauschale pauschale Aufwandsentschädigung Repräsentationsaufgaben Unentgeltlichkeit versicherungsrechtliches Beschäftigungsverhältnis Verwaltungsaufgaben
Leitsätze	Nach der Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt vom 14. Februar 2008 und dem Erlass des VerbGemG LSA werden in Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden die Aufgaben der Gemeindeverwaltung ausschließlich von der Verbandsgemeindeverwaltung erledigt und die dem Bürgermeister nach den §§ 62, 63 GO LSA zugewiesenen Aufgaben sind dem Verbandsgemeindebürgermeister übertragen worden. Die aufgrund dieser gesetzlichen Grundlagen beschlossene Hauptsatzung gestaltet das Bürgermeisteramt als ehrenamtliche Tätigkeit aus, für die anknüpfend an die Einwohnerzahl der jeweiligen Mitgliedsgemeinde eine pauschale Aufwandsentschädigung gewährt wird. Aufgrund der Höhe und der übrigen Umstände des Einzelfalls ist von einem Überwiegen der ideellen Zwecke und der Unentgeltlichkeit auszugehen.
Normenkette	GO LSA § 62

GO LSA § 63
SGB IV [§ 7 Abs 1](#)
VerbGemG LSA § 42 Abs 2
VerbGemG LSA § 57 Abs 1
VerbGemG LSA § 6
VerbGemG LSA § 7

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 R 430/15
Datum 13.02.2018

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 BA 13/21
Datum 10.05.2023

3. Instanz

Datum -

Â

Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Halle vom 13. Februar 2018 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Â

Die Beklagte trÃ¤gt die Kosten der KlÃ¤gerin auch im Berufungsverfahren. Den Beigeladenen sind Kosten nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand:

Â

Zwischen den Beteiligten ist umstritten, ob die KlÃ¤gerin fÃ¼r die TÃtigkeit des Beigeladenen zu 2. als ihrem ehrenamtlichen BÃrgermeister im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 SozialversicherungsbeitrÃge nachzuentrichten hat.

Â

Im Rahmen der Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt zum 1. Januar 2010 schlossen sich die Gemeinden G., S. und W1. zur Gemeinde W1. und diese wiederum mit den Gemeinden M1., M2., M3. und S. sowie den Städten O. und S. zur Verbandsgemeinde W2. zusammen.

Â

Der Beigeladene zu 2., der bereits mit Wirkung vom 1. Mai 2009 für die Dauer von sieben Jahren zum Bürgermeister der Gemeinde W1. ernannt worden war, wurde ausweislich der Ernennungsurkunde der Klägerin vom 20. Januar 2010 mit Wirkung von diesem Datum unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von sieben Jahren zum Bürgermeister der Klägerin berufen.

Â

Nach der Durchführung einer Betriebsprüfung nach [Â§ 28p Abs. 1](#) Viertes Buch Sozialgesetzbuch (Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – SGB IV) am 10. November 2014 mit nachfolgender Schlussbesprechung am 11. November 2014 forderte die Beklagte bezogen auf den Prüfzeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 Gesamtsozialversicherungsbeiträge i.H.v. 8.415,84 € von der Klägerin (Bescheid vom 16. Dezember 2014). Sie behauptet die Beklagte habe die Versicherungspflicht des ehrenamtlich tätigen Bürgermeisters des Beigeladenen zu 2. im vorgenannten Zeitraum festgestellt. Ehrenamtliche Bürgermeister, die neben Repräsentationsaufgaben auch Verwaltungsaufgaben wahrnehmen und hierfür eine den tatsächlichen Aufwand übersteigende pauschale Aufwandsentschädigung erhielten, seien regelmäßig Beschäftigte und unterliegen grundsätzlich der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Versicherungsfreiheit bestehe für ehrenamtliche Bürgermeister in der Arbeitslosenversicherung. Für die Annahme eines Beschäftigungsverhältnisses sei es schon ausreichend, wenn der ehrenamtliche Bürgermeister als Leitung der Verwaltung fungiere. Eine quantitative und qualitative Bewertung der Verwaltungsaufgaben sei nicht erforderlich (Hinweis auf Urteil des Bundessozialgerichts [BSG] vom 25. Januar 2006 – [B 12 KR 12/05 R](#) -, juris). Nach den Vorschriften in der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) zählen zu den Verwaltungsaufgaben eines ehrenamtlichen Bürgermeisters u.a die

Â

Verantwortlichkeit für die verwaltungsmäßige Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates und seiner Ausschüsse,

Â

Unterrichtung des Gemeinderates über alle wichtigen die Gemeinde und ihre Verwaltung betreffenden Angelegenheiten,

Â

eigenverantwortliche Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung,

Â

Verantwortlichkeit für sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung, Regelung der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung,

Â

Regelung aller durch Gesetz übertragenen hoheitlichen Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung in eigener Zuständigkeit,

Â

Selbstständige Erledigung von Aufgaben, welche vom Gemeinderat übertragen wurden,

Â

eigenverantwortliche Erledigung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises,

Â

Erledigung von Personalangelegenheiten in eigener Verantwortung als Vorgesetzter/Dienstvorgesetzter, höherer Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beigeordneten, Beamten und Arbeitnehmer der Gemeinde, soweit dies zur laufenden Verwaltung gehört oder durch Hauptsatzung dem Bürgermeister übertragen worden sei (§ 63 i.V.m. § 44 Abs. 4 GO LSA).

Â

In der GO LSA sei geregelt, dass der ehrenamtliche Bürgermeister zugleich Vorsitzender des Gemeinderates sei. Nach den Erlassen des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt vom 11. Dezember 2001 und 18. Februar 2008 blieben pauschale Entschädigungen an ehrenamtliche Mitglieder eines Gemeinderates oder eines Stadtrates in der Gemeinde oder einer Stadt mit höchstens 20.000 Einwohnern monatlich/jährlich i.H.v. 90 €/104 €/1.080 €/1.248 € steuerfrei. Der erhöhte Steuerfreibetrag sei jedoch frühestens ab dem 1. Dezember 2010 für die Sozialversicherung zu berücksichtigen. Der Beigeladene zu 1. sei in der Zeit vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 als ehrenamtlicher Bürgermeister tätig und damit an die GO LSA gebunden gewesen. Er habe neben Repräsentationsaufgaben auch Verwaltungsaufgaben wahrgenommen und hierfür eine pauschale Aufwandsentschädigung erhalten. Aus dieser monatlich gezahlten Aufwandsentschädigung i.H.v. 750 € ergebe

sich nach Abzug des hier anzuwendenden Freibetrages i.H.v. 270 €/312 € für den Zeitraum vom 1. Oktober 2010 bis zum 30. November 2010/ vom 1. Dezember 2010 bis zum 31. Dezember 2013 ein monatlicher beitragspflichtiger Verdienst i.H.v. 480 €/438 €. Der Beigeladene zu 2. Äuße eine weitere versicherungspflichtige Beschäftigung aus. Infolge des Zusammentreffens beitragspflichtiger Einnahmen aus mehreren Versicherungsverhältnissen komme ein Beitragsausgleich ([§ 22 Abs. 2 SGB IV](#)) in Betracht, der gegebenenfalls von der zuständigen Einzugsstelle nach entsprechender Antragstellung durchgeführt werde. Im Rahmen des erlassenen Bescheides seien die Beiträge ohne Rücksicht auf einen etwaigen Beitragsausgleich nachzufordern. Dem Bescheid ist in der Anlage die Berechnung der Beiträge nach [§ 28p Abs. 1 SGB IV](#) beigefügt. Wegen der Einzelheiten wird auf Blatt I1 bis I6 bzw. Blatt I7 bis I13 der Verwaltungsakte Bezug genommen.

Ä

Hiergegen legte die Klägerin am 13. Januar 2015 Widerspruch mit der Begründung ein, bei einem ehrenamtlich tätigen Bürgermeister in Sachsen-Anhalt könne nicht von einem sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnis ausgegangen werden. Denn dieser sei nicht zur weisungsgebundenen Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben verpflichtet. Der ehrenamtliche Bürgermeister sei nicht Leiter der Verwaltung. Denn die Funktion des Leiters der Gemeindeverwaltung werde nur von hauptamtlichen Bürgermeistern wahrgenommen (§ 57 Abs. 1 S. 2 GO LSA). In Mitgliedsgemeinden einer Verbandsgemeinde würden die Aufgaben der Gemeindeverwaltung ausschließlich von der Verbandsgemeinde erledigt (§ 4 Abs. 2, 12 Gesetz über die Verbandsgemeinde in Sachsen-Anhalt [Verbandsgemeindengesetz – VerbGemG LSA] vom 14. Februar 2008). Der ehrenamtlich tätige Bürgermeister nehme keine Verwaltungsaufgaben nach den §§ 62, 63 GO LSA wahr, da die Mitgliedsgemeinden einer Verbandsgemeinde nicht über eine eigene Verwaltung verfügten. Der ehrenamtlich tätige Bürgermeister sei bei der Wahrnehmung der Geschäfte der laufenden Verwaltung lediglich entscheidend tätig. Der Entscheidungsvollzug (Verwaltungstätigkeit) obliege der Verbandsgemeinde. Deshalb beschäftige die Mitgliedsgemeinde auch keine Verwaltungsbediensteten. Allerdings sei durchaus denkbar, dass eine Mitgliedsgemeinde im sogenannten nachgeordneten Bereich (z.B. Bauhof) Arbeitnehmer beschäftige. In Ausübung der Vorgesetztenfunktion werde der ehrenamtliche Bürgermeister aber auch hier nur entscheidend tätig. Die Vorbereitung und Umsetzung der Personalentscheidungen, die Verwaltungstätigkeiten seien, obliegen der Verbandsgemeinde. Im übrigen könnten personalrechtliche Entscheidungen im Einzelfall auch dem Einvernehmen mit dem Gemeinderat unterliegen. Sofern der ehrenamtlich tätige Bürgermeister im Rahmen einer Bürgergesprächsstunde Anliegen aus der Bürgerschaft aufnehme, leitete er diese an die Verbandsgemeinde zur verwaltungsmäßigen Erledigung weiter, wobei es sich hierbei um eine reine Informationsweitergabe ohne Bearbeitung des Anliegens handle. Die Erörterung gemeindlicher Angelegenheiten mit dem Verbandsgemeindebürgermeister könne nicht als Verwaltungstätigkeit angesehen werden, da es sich hierbei um einen Informations- und

Meinungsaustausch handle. Das politische Letztentscheidungsrecht liege bei den Gemeindeorganen. Die sich daraus ergebende Überwachung der Aufgabenerledigung (Erfolgskontrolle) sei ebenfalls nicht als Verwaltungstätigkeit anzusehen. Die Organe der Gemeinde (Gemeinderat und Bürgermeister) handelten jeweils im Rahmen der ihnen durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Dabei obliege dem Gemeinderat ausschließlich die Entscheidung über die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden gemeindlichen Angelegenheiten und gegebenenfalls deren Kontrolle. Davon abzugrenzen seien die Zuständigkeiten, die ausschließlich in die Kompetenz des Bürgermeisters fielen. Hierzu gehörten u.a. der Vollzug der Gemeinderatsbeschlüsse gemäß § 62 Abs. 1 GO LSA und die Aufgaben gemäß § 63 GO LSA. Der Gemeinderat sei hingegen nicht Vorgesetzter des Bürgermeisters bei den Aufgaben, die dieser in eigener Zuständigkeit wahrnehme. Eine Weisungsgebundenheit bestehe nicht. Mangels eigener Arbeitsorganisation könne der ehrenamtliche Bürgermeister auch nicht in eine Arbeitsorganisation der Gemeinde eingegliedert sein. Ihm obliegen im Rahmen seiner Amtsführung ausschließlich Repräsentations-, Leitungs- und Entscheidungsaufgaben, die nicht als Verwaltungsfunktionen anzusehen seien. Ebenso sei der ehrenamtliche Bürgermeister bei seiner Amtsführung nicht weisungsgebunden. Ehrenamtliche Bürgermeister in Sachsen-Anhalt übten deshalb keine dem allgemeinen Erwerbsleben zugänglichen Verwaltungsaufgaben aus. Sie unterliegen grundsätzlich nicht der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Die Zahlung der geforderten Beiträge erfolge unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Prüfung. Wegen der weiteren Einzelheiten der Ausführungen wird auf Blatt II1 bis II8 der Verwaltungsakte verwiesen.

Ä

Auf Veranlassung der Beklagten übersandte die Klägerin sodann ihre Hauptsatzung in der Beschlussfassung vom 20. Januar 2010 (veröffentlicht am 17. Februar 2010) sowie die 1., 2. und 3. Änderungsatzung zur Hauptsatzung in den Beschlussfassungen vom 27. Oktober 2010 (veröffentlicht am 8. Dezember 2010), vom 22. Juni 2011 (veröffentlicht am 27. Juli 2011) und vom 10. Juli 2013 (veröffentlicht am 17. Juli 2013). Insoweit wird auf Blatt II17 bis II22 und Blatt II23 bis II30 der Verwaltungsakte Bezug genommen. Gemäß § 3 Ziff. 1 der Hauptsatzung ist Vorsitzender des Gemeinderates der Bürgermeister. Hierzu ist folgendes geregelt:

Ä

Ä § 8

Ä

Ä Bürgermeister

Ä

Der BÃ¼rgermeister ist ehrenamtlich tÃ¤tig.

Â

Der BÃ¼rgermeister entscheidet Ã¼ber alle Angelegenheiten, die nicht zur ausschlieÃlichen Kompetenz des Gemeinderates gemÃ¤Ã Â§ 44 Abs. 3 GO LSA gehÃ¶ren.

Â

RechtsgeschÃ¤fte in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises, die einen VermÃ¶genswert von 10.000,00 â¬ nicht Ã¼bersteigen, sind GeschÃ¤fte der laufenden Verwaltung.

Â

Der BÃ¼rgermeister entscheidet Ã¼ber die Genehmigung Ã¼ber- und auÃerplanmÃ¤Ãiger Ausgaben, deren Umfang einen Wert bis 5.000,00 â¬ fÃ¼r jede Angelegenheit nicht Ã¼bersteigt.

Â

Die Entscheidungen des BÃ¼rgermeisters nach Abs. 3 und 4 sind in der darauffolgenden Gemeinderatssitzung bekannt zu geben.

Â

Mit der 3. Ãnderungssatzung vom 11. Juli 2013, verÃ¶ffentlicht am 17. Juli 2013, ist Â§ 8 ein â¬neuer Abs. 7 eingefÃ¼gt, der wie folgt lautet: Dem BÃ¼rgermeister obliegt das FÃ¼hren von Rechtsstreitigkeiten nach Â§ 44 Abs. 3 Ziff. 22, deren Gegenstandswert 25.000,00 â¬ nicht Ã¼berschreitet.

Â

Mit Widerspruchsbescheid vom 17. Juni 2015 wies die Beklagte den Widerspruch zurÃ¼ck. Zur BegrÃ¼ndung wiederholte sie zum einen ihre AusfÃ¼hrungen im angefochtenen Bescheid. Zum anderen verwies sie auf die vorgelegte Hauptsatzung der KlÃ¤gerin, wonach der ehrenamtliche BÃ¼rgermeister Verwaltungsaufgaben wahrnehme, die sich aus Â§ 8 der Hauptsatzung ergÃ¤ben. Insgesamt sei festzuhalten, dass der ehrenamtliche BÃ¼rgermeister nicht ausschlieÃlich ReprÃ¤sentationsaufgaben, sondern eindeutig (auch) Verwaltungsaufgaben wahrnehme. Auf den zeitlichen Umfang und den qualitativen Gehalt der Verwaltungsaufgaben im Einzelnen komme es nach der Rechtsprechung des BSG nicht an.

Â

Hiergegen hat die KlÃ¤gerin am 13. Juli 2015 beim Sozialgericht H. Klage erhoben

und mit der am 30. September 2015 eingegangenen Klagebeurteilung zunächst darauf hingewiesen, dass der Beigeladene zu 2. aus einer hauptberuflichen Angestelltentätigkeit Einkommen erziele, das oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liege und somit bereits den höchstmöglichen Beitragssatz zahle. Eine Verhältnisrechnung der aus den beiden Versicherungsverhältnissen resultierenden Beiträge gemäß [Â§ 22 Abs. 2 S. 1](#) und 2 SGB IV habe die Beklagte nicht vorgenommen. Das zuvor Ausgeführte beziehe sich nicht nur auf die Rentenversicherungsbeiträge, sondern auch auf die Krankenversicherung, da der Beigeladene zu 2. freiwillig gesetzlich versichert sei. Hierzu hat sie die Entgeltmitteilungen der Berufsbildenden Schulen B.enlandkreis von jeweils jeweils Dezember 2010, 2011, 2012 und 2013 vorgelegt; insoweit wird auf Blatt 71 bis 74 der Gerichtsakte Bezug genommen. Weiterhin hat sie ausgeführt, ehrenamtliche Bürgermeister von Mitgliedsgemeinden einer Verbandsgemeinde in Sachsen-Anhalt erfüllten die Voraussetzungen der Legaldefinition der Beschäftigung in [Â§ 7 Abs. 1 SGB IV](#) weder nach den im Zeitpunkt der Betriebsprüfung geltenden Vorschriften der GO LSA und des VerbGemG LSA noch nach den derzeit geltenden Vorschriften des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA). Die Beklagte gehe bereits von einem falschen Sachverhalt aus, wenn sie im Hinblick auf das Urteil des BSG vom 25. Januar 2006 ([B 12 KR 12/05 R](#)) prüfe, ob die Versicherungspflicht eines ehrenamtlichen Bürgermeisters einer Gemeinde vorliege, die Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft sei. Denn die Klägerin sei gerade nicht Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft, sondern einer Verbandsgemeinde. Beide Formen wiesen erhebliche Unterschiede im Rechtlichen auf. Nachfolgend hat sie die Ausführungen im Widerspruchsverfahren wiederholt und vertieft. Wesentlich sei die besondere Konstellation bei den Mitgliedsgemeinden einer Verbandsgemeinde in Sachsen-Anhalt, wonach die ehrenamtlichen Bürgermeister im Wesentlichen Repräsentationsaufgaben übertragen seien und ihnen die Leitung der Verwaltung gerade kraft Gesetzes nicht obliege. Aus dem gleichen Grund sei auch nicht auf die von der Beklagten ebenfalls für ihre Beurteilung angegebene Entscheidung des erkennenden Senats vom 16. Dezember 2015 ([L 3 R 130/12](#)) abzustellen, da darin ebenfalls die Versicherungspflicht eines Bürgermeisters einer Verwaltungsgemeinschaft beurteilt worden sei. Zu berücksichtigen sei schließlich, dass das BSG mit seiner Rechtsprechung auch andere Kriterien zum Arbeitsverhältnis Ehrenamtlicher aufstelle als die höchststrichterliche arbeitsrechtliche Rechtsprechung. So habe das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Urteil vom 29. August 2012 ([10 AZR 499/11](#)) entschieden, dass die Ausübung einer unentgeltlichen, ehrenamtlichen Tätigkeit kein Arbeitsverhältnis begründe. Mit einem Arbeitsverhältnis sei typischerweise eine angemessene Gegenleistung für die versprochenen Dienste verbunden. Das Wesen des Arbeitsverhältnisses sehe das BAG im Austausch von Arbeit und Lohn. Danach liege bei ehrenamtlich Tätigen, die keine angemessene Gegenleistung für ihre Aufgaben erhielten, sondern allenfalls eine Ehrenamtsentschädigung, gerade kein Austausch von Arbeit und Lohn und damit kein Arbeitsverhältnis vor. Im Hinblick darauf dürften die Kriterien, die das BSG aufstelle, nicht darüber hinaus noch dahingehend erweitert werden, dass nunmehr auch eine Verwaltungstätigkeit entbehrlich sein könne und die Behörde trotzdem zu dem Ergebnis gelange, es liege ein Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis vor.

Â

Die Beklagte hat darauf ein Teilerkenntnis dahingehend abgegeben, dass keine Nachforderungen mehr zur Kranken- und Pflegeversicherung für den Beigeladenen zu 2. erhoben werden. Nach Abschluss des Streitverfahrens werde sie einen dem Teilerkenntnis entsprechenden Beitragsbescheid erteilen. Im Übrigen halte sie an ihrer Rechtsauffassung fest.

Â

Das Sozialgericht hat die Beiladungen bewirkt (Beschluss vom 7. Januar 2016) und mit Urteil auf die mündliche Verhandlung vom 13. Februar 2018 den Bescheid der Beklagten vom 16. Dezember 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. Juni 2015 aufgehoben. Zur Begründung hat es auf die Entwicklung der Rechtsprechung des BSG verwiesen. Nachdem zunächst ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis nur dann angenommen worden sei, wenn der ehrenamtliche Bürgermeister einer amtsangehörigen Gemeinde als Leiter der Gemeindeverwaltung an der Spitze der Selbstverwaltung gestanden habe und Verwaltungsaufgaben seine Tätigkeit geprägt hätten (Hinweis auf BSG, Urteil vom 27. März 1980 – 12 RK 56/78 –), komme es nunmehr auf ein quantitatives oder qualitatives Überwiegen von Verwaltungsaufgaben nicht mehr an (Hinweis auf BSG, Urteil vom 25. Januar 2006 – B 12 KR 12/05 R –). Mit dem Urteil vom 16. August 2017 (B 12 KR 14/16 R) habe das BSG seine Grundsätze zur ehrenamtlichen Betätigung fortentwickelt. Die rechtliche Beurteilung richte sich im streitigen Zeitraum vordergründig nach dem VerbGemG LSA vom 14. Februar 2008, verkündet als Art. 2 des Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform vom 14. Februar 2008 (GVBl. LSA 2008, 40, 41), und der GO LSA. Mit der Gemeindegebietsreform hätten durch die Neugliederung der gemeindlichen Ebene in Sachsen-Anhalt zukunftsfröhliche gemeindliche Strukturen geschaffen werden sollen, um die eigenen und übertragenen Aufgaben dauerhaft sachgerecht, effizient und in hoher Qualität zu erfüllen, wobei die bürgerschaftliche Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung habe gewahrt werden sollen (Hinweis auf Art. 1 § 1 des Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform). Die Einführung des Modells der Verbandsgemeinde diene der Stärkung der gemeindlichen Verwaltungskraft durch Bündelung personeller, sachlicher und finanzielle Ressourcen und schaffe eine hauptamtliche Verwaltung auf der Ebene der im Zuge der Kommunalreform aufgelösten Verwaltungsgemeinschaften. Anders als bei diesen seien originäre Zuständigkeiten der Gemeinden im eigenen Wirkungskreis nun kraft Gesetzes auf der Ebene der Verbandsgemeinde angesiedelt. Die Verbandsgemeinde, die strukturell parallel zur Einheitsgemeinde ausgestaltet sei, sei eine Gebietskörperschaft und unterscheide sich damit deutlich von der früheren Verwaltungsgemeinschaft, die den Charakter einer Körperschaft gehabt habe. Insofern könne auch nicht an die Rechtsprechung des erkennenden Senats vom 16. Dezember 2015 (L 3 R 130/12) angeknüpft werden. Der ehrenamtliche Bürgermeister einer Mitgliedsgemeinde in einer Verbandsgemeinde habe (in dem streitigen Zeitraum nach dem 1. Januar 2010) nur noch eine Repräsentationsfunktion der Mitgliedsgemeinde inne sowie eine Integrationsfunktion bzw. er stelle eine Identifikationsfigur für die Bürger der

kleinen Gemeinde in dem gewählten Konstrukt dar, ohne Einwirkungsrechte, ohne Befugnisse. Aus den rechtlichen Bestimmungen (u.a. §§ 4, 12 VerbGemG LSA) werde deutlich, dass die Mitgliedsgemeinden einer Verbandsgemeinde nicht mehr über eine eigene Verwaltung verfügen und die ehrenamtlich tätigen Bürgermeister nicht die Funktion eines Leiters der Gemeindeverwaltung ausüben. Da die Verbandsgemeinde sämtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehme, sei sie auch für den verwaltungsmäßigen Vollzug der Gemeinderatsbeschlüsse verantwortlich. Sofern der ehrenamtlich tätige Bürgermeister hinsichtlich des Beschlussvollzuges eine Überwachungsfunktion ausübe, handele es sich lediglich um eine Erfolgskontrolle. Auch die Unterrichtspflicht des ehrenamtlichen Bürgermeisters nach § 62 Abs. 2 GO LSA sei als reine Informationsweitergabe ausgestaltet. Sofern der ehrenamtliche Bürgermeister im Rahmen seiner Bürgergesprächsstunde Anliegen aus der Bürgerschaft aufnehme und weiterleite, handele es sich ebenfalls um eine reine Informationsweitergabe ohne Bearbeitung des Bürgeranliegens. Letzteres obliege dem Verbandsgemeindebürgermeister. Dieser sei gemäß § 9 Abs. 1 VerbGemG LSA Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter, höherer Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Bediensteten der Verbandsgemeinde.

Ä

Die Beklagte hat gegen das ihr am 23. Februar 2018 zugestellte Urteil am 21. März 2018 Berufung beim Landessozialgericht (LSG) Sachsen-Anhalt eingelegt. Sie hat mit der am 7. Mai 2018 eingegangenen Berufungsbegründung an ihrer Rechtsauffassung festgehalten. Auch im Hinblick auf die Ausführungen des BSG im Urteil vom 16. August 2017 ([B 12 KR 14/16 R](#)), wonach ein Kreishandwerksmeister in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit nicht abhängig beschäftigt sei, könne nicht davon ausgegangen werden, dass die vom BSG aufgestellten Grundsätze auf ehrenamtliche Organfunktionen in der kommunalen Selbstverwaltung anzuwenden seien. Insbesondere sprächen der landes- und kommunalrechtliche gesetzliche Rahmen für die kommunale Selbstverwaltung zum Teil deutlich für eine Entgeltlichkeit der Entschädigungsregelungen. Denn danach richte sich die Entschädigungshöhe nach Inhalt und Umfang des Amtes sowie der Schwierigkeit der Verhältnisse in der Gemeinde. Allerdings habe das BSG auf Hinweise zu möglichen finanziellen Grenzen einer unentgeltlichen ehrenamtlichen Tätigkeit verzichtet. Die Grenzen dessen, was objektiv noch unter fehlender Erwerbsabsicht falle, müssten insoweit erst noch erarbeitet werden, möglicherweise vom Gesetzgeber. Für eine verwaltungsseitige Festlegung eines Grenzwertes oder Richtwertes, gegebenenfalls auch im Rahmen einer widerlegbaren Vermutung der unentgeltlichen ehrenamtlichen Tätigkeit, fehle es jedoch an Anhaltspunkten in der Rechtsprechung und den maßgebenden Gesetzen. Das bedeute, dass bei gesetzlich bzw. satzungsrechtlich geregelten und von den Rechts- bzw. Fachaufsichten nicht beanstandeten Entschädigungen für Organfunktionen in der funktionalen Selbstverwaltung bis zu einer näheren Bestimmung finanzieller Grenzbeträge durch den Gesetzgeber oder die Rechtsprechung widerlegbar zu vermuten sei, dass die ehrenamtliche Tätigkeit unentgeltlich ausgeübt werde. Die vorstehenden Grundsätze seien nach ihrer Auffassung

aber nicht auf ehrenamtliche Organ­­tätigkeiten in der kommunalen Selbstverwaltung anzuwenden. Insbesondere sei bei den ehrenamtlichen BÄ¼rgermeistern keine grundsÄtzliche Unterscheidung in den Aufgaben ehrenamtlicher und hauptamtlicher BÄ¼rgermeister ersichtlich. Nach der bisherigen Rechtsprechung habe eine BeschÄftigung nur dann ausgeschlossen werden kÄnnen, wenn sich die TÄtigkeit ehrenamtlicher BÄ¼rgermeister auf ReprÄsentationsaufgaben beschrÄnkt und sich dadurch von der TÄtigkeit der hauptamtlichen BÄ¼rgermeister unterscheiden habe. Es hÄtten einer ausdrÄcklichen Klarstellung durch das BSG bedurft, wenn es von seiner Rechtsprechung in Bezug auf die Organ­­tätigkeiten in der kommunalen Selbstverwaltung hÄtten abrÄcken wollen sowie eines Hinweises, ab welchem Zeitpunkt eine dahingehende Änderung der hÄhlichstrichterlichen Rechtsprechung zu beachten sei.

Ä

Die Beklagte beantragt,

Ä

das Urteil des Sozialgerichts H.Ä vom 13. Februar 2018 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Ä

Die KlÄgerin beantragt,

Ä

die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Halle vom 13. Februar 2018 zurÄckzuweisen.

Ä

Sie hÄhlt das angefochtene Urteil fÄ¼r zutreffend. Es sei nicht ersichtlich, weshalb die GrundsÄtze aus dem Urteil des BSG vom 16. August 2017 nicht auf die Beurteilung der Versicherungspflicht von ehrenamtlichen BÄ¼rgermeistern Ä¼bertragbar seien. Vielmehr sei in dem Urteil von Ählichem EngagementÄ die Rede. Ein Bezug ausschlieÄlich zu EhrenÄmtern in der funktionalen Selbstverwaltung sei an keiner Stelle hergestellt worden. Die Auffassung der Beklagten, dass sich die Aufgaben ehrenamtlicher und hauptamtlicher BÄ¼rgermeister nicht unterscheiden wÄrden, sei unzutreffend. Insoweit verkenne die Beklagte die rechtlichen Grundlagen. Zudem sei nicht ersichtlich, weshalb die gezahlte AufwandsentschÄdigung unangemessen sein solle. Denn das BSG habe in der vorgenannten Entscheidung bei einer AufwandsentschÄdigung von 6.420 Ä bzw. 6.600 Ä jÄhrlich noch nicht einmal Anlass gesehen, Ermittlungen zum Aufwand zu betreiben bzw. dies in Bezug auf die vorangegangene Entscheidung des LSG zu beanstanden. Insgesamt halte

sich die KlÄgerin durch die zitierte Rechtsprechung des BSG bestÄtigt und hat zur StÄtzung auf den Aufsatz des Prof. Dr. K. (UniversitÄt H.-W.) in der Neuen Zeitschrift fÄr Sozialrecht (NZS 2018, 553 ff.) verwiesen.

Ä

Im Hinblick auf die anhängige Revisionsverfahren [B 12 KR 25/19 R](#) ist das Berufungsverfahren sodann mit Beschluss vom 27. April 2020 zum Ruhen gebracht und auf den Antrag der KlÄgerin vom 30. April 2021 fortgesetzt worden.

Ä

Nachdem im September 2021 die schriftlichen Entscheidungsgründe der Urteile des 12. Senats des BSG (jeweils) vom 27. April 2021 in den Verfahren [B 12 KR 25/19 R](#) und [B 12 R 8/20 R](#) veröffentlicht worden sind, haben sich die Beteiligten jeweils in ihrer Rechtsauffassung bestÄtigt gesehen. Die Beklagte hat Bezug genommen auf das Urteil in dem Verfahren [B 12 R 8/20 R](#), in dem die abhängige Beschäftigung eines ehrenamtlich tätigen Bürgermeister festgestellt worden sei. Aus ihrer Sicht komme es darauf an, welche Aufgaben des Beigeladenen zu 2. rechtlich möglich und zulässig gewesen seien, welche unmittelbar mit seinem Wahlamt verbunden gewesen und welche über seine organschaftliche Stellung hinausgegangen seien. Als Bürgermeister der Mitgliedsgemeinde habe der Beigeladene zu 2. an deren Spitze gestanden und über die in Abschnitt 6 VerbGemG LSA fixierten Sonderregelungen rechtlich über Vorgesetzteigenschaften verfügt. Auch heie es in Ä 4 Abs. 2 S. 3 VerbGemG LSA, dass die Verbandsgemeinde ihre Mitgliedsgemeinden in allen Rechts- und Verwaltungsgeschäften und in gerichtlichen Verfahren vertrete, mit Ausnahme von Rechtsstreitigkeiten einer Mitgliedsgemeinde mit einer Verbandsgemeinde oder zwischen Mitgliedsgemeinden derselben Verbandsgemeinde. Der Beigeladene zu 2. sei in die Arbeitsorganisation der KlÄgerin insoweit eingebunden gewesen, als er mit Bindung an die Entscheidungen der Verbandsgemeindeverwaltung verpflichtet gewesen sei, diese Entscheidungen umzusetzen. Dabei habe er Aufgaben an Fremdpersonal (beispielsweise an eine Bürokraft) übertragen können.

Ä

Die KlÄgerin hat die Unterschiede hinsichtlich des Sachverhalts, der dem Verfahren [B 12 R 8/20 R](#) zugrunde gelegen hat, und dem, der dem streitigen Verfahren zugrunde liegt, herausgestellt. Maßgeblich sei hier, dass gemäß Ä 12 S. 1 VerbGemG LSA die Aufgaben der Gemeindeverwaltung ausschließlich von der Verbandsgemeindeverwaltung wahrgenommen worden seien. Maßgeblich sei nach Auffassung des BSG, welche Aufgaben zu den nicht auf Dritte übertragbaren Aufgaben des Wahlamtes gehörten und welche Aufgaben der ehrenamtliche Bürgermeister als Spitze der Verwaltung habe. Dort, wo das Gewicht liege, sei die sozialversicherungsrechtliche Einordnung vorzunehmen. Zum Wahlamt und damit zu den nicht übertragbaren Aufgaben des ehrenamtlichen Bürgermeisters gehörten nach der hier für den streitgegenständlichen Zeitraum 2010 bis 2013

anwendbaren GO LSA (in der Fassung vom 10. August 2009) die Stellung als Vorsitzender des Gemeinde- bzw. Stadtrates, die Stellung als Vorsitzender von Ausschüssen des Gemeinde- bzw. Stadtrates und damit einhergehende Verwaltungsaufgaben sowie die Bindung des ehrenamtlichen Bürgermeisters an die Beschlüsse des Gemeinde- bzw. Stadtrates. Demgegenüber begründete die Stellung des ehrenamtlichen Bürgermeisters als Spitze der Verwaltung einerseits eine Fremdbestimmtheit und andererseits die Einbindung in die Verwaltungsstrukturen der Klägerin. Das BSG habe den Schwerpunkt der Tätigkeit eines ehrenamtlichen Bürgermeisters der Mitgliedsgemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft nach der GO LSA in den Aufgaben der Verwaltungstätigkeit gesehen. Nach der im hier streitgegenständlichen Nacherhebungszeitraum 2010 bis 2013 geltenden GO LSA hätten zum Wahlamt und damit zu den nicht übertragbaren Aufgaben des ehrenamtlichen Bürgermeisters gemäß § 57 Abs. 1 S. 1 die Stellung als Vorsitzender des Gemeinderates, gemäß § 47 Abs. 1 S. 1 die Stellung als Vorsitzender von beschließenden Ausschüssen des Gemeinderates, gemäß § 62 die Vorbereitung und der Vollzug der Beschlüsse und damit einhergehende Verwaltungsaufgaben, gemäß § 62 Abs. 1 und 3 die Bindung des ehrenamtlichen Bürgermeisters an die Beschlüsse des Gemeinderates und gemäß § 57 Abs. 2 die Repräsentation der Gemeinde gehört. Damit hätten dem ehrenamtlichen Bürgermeister einer Mitgliedsgemeinde von Verbandsgemeinden keine Verwaltungsaufgaben außerhalb der mit dem Wahlamt verbundenen Aufgaben obliegen. Denn Spitze der Verwaltung sei der Verbandsgemeindebürgermeister (§ 7 Abs. 1 VerbGemG LSA). Soweit der Bürgermeister der Mitgliedsgemeinde mit der Verwaltung der Verbandsgemeinde in Kontakt trete, übernehme er Tätigkeiten aus, die mit dem Wahlamt untrennbar verknüpft und Ausfluss seiner organschaftlichen Stellung seien. Da die Verwaltungsaufgaben ausschließlich von der Verbandsgemeinde wahrzunehmen seien, obliege ihr auch die Arbeitgeberfunktion. Dies sei ausdrücklich in § 12 VerbGemG LSA geregelt. Soweit Mitgliedsgemeinden auf ihren Antrag eine Bürgerkraft zur Unterstützung des Bürgermeisters zur Verfügung zu stellen sei (§ 12 S. 2 VerbGemG LSA), sei das Arbeitsverhältnis der Bürgerkraft nicht an die Mitgliedsgemeinde gebunden, sondern der Arbeitgeber der Bürgerkraft sei die Verbandsgemeinde. Soweit in § 5 S. 5 2. Halbsatz VerbGemG LSA geregelt sei, dass der Bürgermeister hinsichtlich der Gemeindeangelegenheiten Vorgesetzter der Bürgerkraft sei, verdeutliche dies, dass der Bürgermeister hinsichtlich der Gemeindeangelegenheiten nur Vorgesetzter, nicht aber Arbeitgeber der Bürgerkraft sei. Die Klägerin habe im streitigen Zeitraum (2010-2013) schon nicht über eine Bürgerkraft verfügt, deren Vorgesetzter der Beigeladene zu 2. hätte sein können. Aus dem Gesetz ergebe sich folglich, dass zwischen Verwaltungsgemeinschaft und Verbandsgemeinde strukturell signifikante rechtliche Unterschiede beständen. Schließlich sei in den Blick zu nehmen, dass die ehrenamtlichen Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde Wethautal sämtliche Tätigkeiten von zu Hause aus oder im eigenen Büro erledigten. Sie nutzten eigene Ausstattung wie Computer, Büroutensilien, Internet, Telefon, Handys und Pkw. Ihnen stehe weder ein Büro zur Verfügung noch könnten sie zur Erledigung ihrer Aufgaben auf die sachliche oder personelle Ausstattung der Verbandsgemeinde zugreifen. Je größer die Mitgliedsgemeinde

sei, desto höher sei der Aufwand des jeweiligen ehrenamtlichen Bürgermeisters. Deshalb seien die pauschalen Aufwandsentschädigungen nach der Größe der Gemeinde festgelegt. Alle entstandenen Kosten habe der Bürgermeister mit der Pauschale zu decken.

Â

Mit Schriftsatz vom 21. April 2023 hat die Klägerin das Teilerkenntnis der Beklagten vom 9. Februar 2016 angenommen. Im Termin zur mündlichen Verhandlung beim Senat hat die Klägerin das weitere Teilerkenntnis der Beklagten vom 8. Mai 2023, mit dem Beiträge zur Insolvenzgeldumlage nicht mehr gefordert würden, angenommen. Die nunmehr noch geltend gemachte Beitragsforderung ist von der Beklagten mit 4.662,00 € beziffert worden.

Â

Der Beigeladene zu 2. ist im Termin zur mündlichen Verhandlung beim Senat erschienen. Einen Sachantrag hat er nicht gestellt. Wegen seiner Angaben zur Ausgestaltung der Tätigkeit als Bürgermeister wird auf das Sitzungsprotokoll Bezug genommen.

Â

Die Beigeladene zu 1. hat sich in der Sache nicht geäußert und insbesondere keinen Antrag gestellt.

Â

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakten der Beklagten ergänzend verwiesen. Diese sind Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen.

Â

Entscheidungsgründe:

Â

Der Senat hat über die Berufung verhandeln und entscheiden können, obwohl die Beigeladene zu 1. im Verhandlungstermin beim Senat nicht vertreten gewesen ist. Auf diese Möglichkeit ist sie mit der ihr ordnungsgemäß zugestellten Ladung hingewiesen worden.

Â

Die zulässige, insbesondere form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Beklagten ist unbegründet. Zu Recht hat das Sozialgericht auf die von der

Klägerin erhobene Anfechtungsklage ([Â§ 54 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz \[SGG\]](#)) den angefochtenen Bescheid der Beklagten vom 16. Dezember 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. Juni 2015 aufgehoben. Denn dieser ist, soweit er sich nicht durch die angenommenen Teilerkenntnisse erledigt hat, rechtswidrig und verletzt die Klägerin in ihren Rechten ([Â§ 153 Abs. 1, 54 Abs. 2 S. 1 SGG](#)).

Â

Der Beigeladene zu 2. ist im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 als ehrenamtlicher Bürgermeister der Klägerin nicht im Rahmen eines abhängigen Beschaftungsverhaltnisses sozialversicherungspflichtig tätig gewesen, sondern hat seine Tätigkeit im Rahmen eines unentgeltlichen Ehrenamts ausgeübt.

Â

Anknüpfungspunkt ist die Legaldefinition der Beschäftigung. Gemäß [Â§ 7 Abs. 1 SGB IV](#) ist Beschäftigung die nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis (S. 1). Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (S. 2). Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhängige Beschäftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persönlich abhängig ist. Bei einer Beschäftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der Beschäftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausführung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â vornehmlich bei Diensten höherer Art â eingeschränkt und zur âfunktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ verfeinert sein.

Â

Weisungsgebundenheit und Eingliederung in den Betrieb stehen weder in einem Rangverhältnis zueinander noch müssen sie stets kumulativ vorliegen. Eine Eingliederung geht nicht zwingend mit einem umfassenden Weisungsrecht einher. Die in [Â§ 7 Abs. 1 S. 2 SGB IV](#) genannten Merkmale sind schon nach dem Wortlaut der Vorschrift nur âAnhaltspunkteâ für eine persönliche Abhängigkeit, also im Regelfall typische Merkmale einer Beschäftigung und keine abschließenden Bewertungskriterien. Ob jemand beschäftigt oder selbstständig tätig ist, richtet sich danach, welche Umstände das Gesamtbild der Arbeitsleistung prägen und hängt davon ab, welche Merkmale überwiegen. Die Zuordnung einer Tätigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden Umstände festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, d.h. den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei, gegeneinander abgewogen werden. Dabei ist regelmäßig vom Inhalt des die Beteiligten verbindenden Rechtsverhältnisses auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Allerdings bedarf es nicht

notwendig schriftlicher Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Beschäftigtem, vielmehr kann sich die abhängige Beschäftigung auch aus den das Rechtsverhältnis zwischen den Beteiligten regelnden Normen und Verträgen ergeben (vgl. zum Vorstehenden BSG, Urteil vom 27. April 2021 – [B 12 KR 25/19 R](#) –, juris, RdNr. 13 f.)

Â

Diese Abgrenzungsmaßstäbe gelten grundsätzlich auch für Tätigkeiten, die mit der Organstellung innerhalb einer juristischen Person verbunden sind (BSG, Urteil vom 23. Februar 2021 – [B 12 R 15/19 R](#) –, juris, RdNr. 15 m.w.N.).

Â

Entscheidend für die sozialversicherungsrechtliche Einordnung in der kommunalen Selbstverwaltung ist, ob zu erledigende Verwaltungsaufgaben die Tätigkeit prägen, was in einer Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere der Ausgestaltung des Ehrenamtes in der Kommunalverfassung des jeweiligen Bundeslandes einschließlich des Ausmaßes der finanziellen Zuwendungen zu beurteilen ist (BSG, Urteil vom 23. Februar 2021, a.a.O., RdNr. 17; Urteil vom 25. Januar 2006, [a.a.O.](#), RdNr. 15).

Â

Hier hat der Landesgesetzgeber mit der Gemeindegebietsreform vom 14. Februar 2008 im Hinblick auf die durch einen permanenten Einwohnerrückgang geprägte Bevölkerungsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt auf die hieraus resultierenden geänderten Rahmenbedingungen des kommunalen Handelns, insbesondere im Hinblick auf die immer knapper werdenden finanziellen Ressourcen, eine Anpassung der kommunalen Strukturen vorgenommen. Anstelle des Modells der Verwaltungsgemeinschaft wurde das Modell der Verbandsgemeinde zur Stärkung der Verwaltungskraft durch Bündelung personeller und finanzieller Ressourcen mit einer hauptamtlichen Verwaltung eingeführt. Innerhalb des aufzulösenden Spannungsverhältnisses zwischen Verwaltungseffizienz einerseits und Bürgernähe andererseits wurde zum einen eine hauptamtliche Verwaltung der Verbandsgemeinde zur ausreichend spezialisierten und effizienten Aufgabenwahrnehmung implementiert und zum anderen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass die (Mitglieds-) Gemeinde über die dauerhaft ausreichende Fähigkeit verfügt, ihre gemeindlichen Aufgaben in eigener demokratischer wie finanzieller Verantwortung wahrnehmen zu können, um die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu wecken und zu fördern, sich kommunalpolitisch zu engagieren (Landtagsdrucksache 5/902, S. 23-27, 40f., 46, 51 ff.).

Â

Dementsprechend ist mit dem VerbGemG LSA (verändert als Art. 2 des Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform vom 14. Februar 2008 [GVBl. LSA S.

40]) in Â§ 12 geregelt, dass in Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden die Aufgaben der Gemeindeverwaltung ausschlieÃ¼lich von der Verbandsgemeindeverwaltung erledigt werden. In Â§ 9 Abs. 1 VerbGemG LSA sind zudem die dem BÃ¼rgermeister nach den Â§ 62, 63 GO LSA zugewiesenen Aufgaben dem VerbandsgemeindebÃ¼rgermeister Ã¼bertragen worden. Im Abschnitt 6 des VerbGemG LSA â Sonderregelungen fÃ¼r Mitgliedsgemeinden â ist geregelt, dass die BÃ¼rgermeister der Mitgliedsgemeinden, soweit deren Belange berÃ¼hrt werden, an Sitzungen des Verbandsgemeinderates und seiner AusschÃ¼sse mit beratender Stimme teilnehmen kÃ¶nnen.

Â

FÃ¼r die Rechtsstellung des BÃ¼rgermeisters in Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden ist auf die GO LSA in der Fassung vom 10. August 2009 zurÃ¼ckzugreifen. Dort ist in Â§ 57 Abs. 1 S. 1 geregelt, dass der BÃ¼rgermeister Ehrenbeamter auf Zeit und Vorsitzender des Gemeinderates ist, die Gemeinde vertritt und reprÃ¤sentiert. FÃ¼r den ehrenamtlichen BÃ¼rgermeister gilt der als Schutznorm ausgestaltete Â§ 42 Abs. 2 GO LSA entsprechend.

Â

Ausweislich der auf der Grundlage von Â§ 7 i.V.m. Â§ 6, 44 Abs. 3 Ziff. 1 GO LSA beschlossenen Hauptsatzung der KlÃ¤gerin ist der BÃ¼rgermeister gemÃ¤Ã Â§ 8 Ziff. 1 ehrenamtlich tÃ¤tig. Er entscheidet Ã¼ber alle Angelegenheiten, die nicht zur ausschlieÃ¼lichen Kompetenz des Gemeinderates gemÃ¤Ã Â§ 44 Abs. 3 GO LSA gehÃ¶ren (Â§ 8 Ziff. 2) und Ã¼ber die Genehmigung Ã¼ber- und auÃerplanmÃ¤Ãiger Ausgaben, deren Umfang einen Wert bis 5.000,00 â fÃ¼r jede Angelegenheit nicht Ã¼bersteigt (Â§ 8 Ziff. 4). RechtsgeschÃ¤fte in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises, die einen VermÃ¶genswert von 10.000,00 â nicht Ã¼bersteigen, sind GeschÃ¤fte der laufenden Verwaltung (Â§ 8 Ziff. 3). Die Entscheidungen nach Â§ 8 Ziffern 3 und 4 sind in der darauffolgenden Gemeindegemeinschaft bekannt zu geben (Â§ 8 Ziff. 5). Ausweislich des mit der am 17. Juli 2013 verÃ¶ffentlichten 3. Ãnderungssatzung zur Hauptsatzung eingefÃ¼gten â Abs. 7 â in Â§ 8 obliegt dem BÃ¼rgermeister zudem das FÃ¼hren von Rechtsstreitigkeiten nach Â§ 44 Abs. 3 Ziff. 22, deren Gegenstandswert 25.000,00 â nicht Ã¼berschreitet.

Â

Der Beigeladene zu 2. hat die vorstehenden TÃ¤tigkeiten nicht im Rahmen eines WeisungsverhÃ¤ltnisses zur KlÃ¤gerin, sondern aufgrund seiner Organstellung als BÃ¼rgermeister verrichtet. Sie sind sÃ¤mtlich Ausfluss seines Wahlamtes gewesen. Denn er hat zum einen in seiner Funktion als BÃ¼rgermeister Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises als GeschÃ¤fte der laufenden Verwaltung geregelt und zum anderen die Umsetzung der vom Gemeinderat getroffenen BeschlÃ¼sse veranlasst. Gleiches gilt fÃ¼r die in Â§ 11 und Â§ 12 der Hauptsatzung geregelte Einberufung der Einwohnerversammlungen sowie die Unterrichtung des Gemeinderates Ã¼ber deren Ablauf und deren wesentliche Ergebnisse sowie das

nachvollziehbar an der Größe der Gemeinde orientiert, da mit der Größe die Aufwendungen für den Bürgermeister in Bezug auf die Anzahl der Einwohneranliegen, der Einwohnerfragestunden und der Arbeitsaufwand im Hinblick auf die Gemeinderatsversammlungen und Beschlüsse korrelieren. Die Klägerin besteht ausweislich der Hauptsatzung aus den Ortsteilen G., P., S. und W1. und erstreckt sich auf eine Fläche von 7,67 km². Beanstandungen der Pauschalen durch den vorerwähnten Runderlass durch die zuständige Rechtsaufsicht sind nicht erfolgt. Bei objektiver Betrachtungsweise müssen einem Bürgermeister neben dem Ehrenamt die persönlichen und zeitlichen Ressourcen für einen seinen Lebensunterhalt sichernde Erwerbstätigkeit verbleiben. Die in der Hauptsatzung aufgeführten Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind mit einem zeitlichen Aufwand verbunden, der mehr für eine Ausübung aus ideellen Gründen als für eine Erwerbsabsicht spricht. Obwohl die subjektive Sicht des Einzelnen nach der höchststrichterlichen Rechtsprechung des BSG für die Frage der Entgeltlichkeit nicht ausschlaggebend sein soll, sprechen hier die Umstände des Einzelfalls ebenfalls eher für das Überwiegen der ideellen Zwecke und der Unentgeltlichkeit. Der Beigeladene zu 2. hat dem Senat in der mündlichen Verhandlung geschildert, seine Motivation sei gewesen, auf kommunaler Ebene etwas bewirken zu wollen und auch anderen Bürgerinnen zu vermitteln, dass sich etwas bewegen lässt, wenn man sich darum kümmert. Seine Einlassung, sich über die Angemessenheit der Aufwandsentschädigung keine Gedanken gemacht zu haben, stützt die Unentgeltlichkeit des ehrenamtlichen Engagements des Beigeladenen zu 2.

Ä

Die Kostenentscheidung beruht auf [Ä§ 197a Abs. 1 S. 1 SGG](#) in Verbindung mit [Ä§ 154 Abs. 1](#) und 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Die Beigeladenen haben selbst keinen Antrag gestellt und sich damit auch nicht in ein Kostenrisiko begeben, [Ä§ 162 Abs. 3 VwGO](#). Vor diesem Hintergrund hat der Senat ihnen keine Kostenerstattung zugesprochen.

Ä

Gründe für eine Zulassung der Revision im Sinne von [Ä§ 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor. Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung auf gesicherter Rechtsgrundlage, ohne dass der Senat von einer Entscheidung der in [Ä§ 160 Abs. 2 Nr. 2 SGG](#) genannten Gerichte abweicht.

Ä

Erstellt am: 29.08.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024